

Wohnen als Grundrecht für Alle - Flüchtlingsunterbringung in Berlin und Brandenburg

Am 9. Dezember 2015 fand im vollbesetzten Ladenlokal bei den Plattformnachwuchsarchitekten eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „**Wohnen als Grundrecht für Alle - Flüchtlingsunterbringung in Berlin und Brandenburg**“ statt. Mit Entsetzen verfolgten die Initiatoren der Veranstaltung die letzten Monate, wie die Verwaltungen in beiden Bundesländern den Zustrom an Flüchtlingen nicht menschenwürdig organisieren können. Von bezahlbarem Wohnraum für Alle ganz zu schweigen. Die vergangenen Jahre wurde offenbar zu viel Personal eingespart, so dass nun weder physisch noch mental eine „wir-schaffen-das-Mentalität“ vorherrschen würde. Diese Kraft und Motivation bringen bisher nur die vielen ehrenamtlichen Helfer_innen auf, die bis zum Umfallen Einsatz zeigen und Willkommenskultur. Ihnen gilt unser Dank und Respekt!

Architekt Philipp Kuebart, der als erster bei der Diskussionsrunde sprach, erklärte Wege durch das Asylverfahren und Orte der (Zwangs-) Unterbringung anhand eines schematischen Modells aus der Ausstellung „Residenzpflicht – Invisible Borders“. Dieses ist derzeit im Ladenlokal bei den Plattformnachwuchsarchitekten ausgestellt. Philipp Kuebart engagierte sich bereits als Student für adäquate Wohnformen zur Flüchtlingsunterbringung, als das Thema noch nicht alle Schlagzeilen bestimmte. „Wichtig ist die Frage, wie diese Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, eigentlich wohnen wollen“. Im Dialog mit ihnen können kulturelle Unterschiede beim Wohnen und Arbeiten berücksichtigt und entsprechende Konzepte in der Praxis umgesetzt werden. Durch die Errichtung großer Massenunterkünfte besteht dagegen die Gefahr, dass diese integrationsfeindliche Unterbringungsform auf Jahre oder Jahrzehnte zementiert wird.

László Hubert, der gerade den Verein "Integrationsbund Mitte" gründet, berichtete von seinen Erfahrungen bei der ehrenamtlichen Arbeit für „Moabit hilft!“, die abstoßenden Zustände vor dem LaGeSo in der Turmstraße und wie er nun mit seinem neuen Verein durch Rechtsberatung, Hilfe bei Behördengängen und Wohnungssuche, die Integration der Ankommenden fördern möchte.

Kay Wendel vom Flüchtlingsrat Brandenburg gab in seinem Vortrag einen Überblick über das abgestufte Unterbringungssystem in Deutschland, mit Erstaufnahmelagern in Großzelten, Traglufthallen und anderen Provisorien, dann Notunterkünften, die einen ähnlich temporären Standard hätten, hin zu kasernenartigen Gemeinschaftsunterkünften, bei denen fremdbestimmtes Wohnen ohne Mitspracherecht bei der Zuweisung und mit beschränkter Privatsphäre in Mehrbettzimmern bei gemeinsamer Küchen- und Sanitärnutzung „normal“ sind. Die nächste Abstufung wäre der Wohnverbund, eine Zwischenstufe zu Wohnungen und dann käme erst die eigene Mietwohnung, die das höchste Maß an Privatsphäre und Selbstbestimmung gewährleistet und in Brandenburg weniger als einem Drittel der Flüchtlinge mit unsicherem Status zugestanden wird.

In seinem Artikel für die Bauwelt „Die Krise frisst die Standards“, konstatiert Kay Wendel ernüchert, „Zeltstädte mit hunderten Menschen Pritsche an Pritsche gelten als unvermeidlich, im „Krisenmodus“ stellen sich nur noch zwei Anforderungen: sofort und für Massen. Die Debatten der vergangenen Jahre über Konzepte und Mindeststandards – Makulatur.“ Aufnahme und Integration kann aber nur gelingen, wenn man vom Krisenmodus zu proaktiver Planung in unterschiedlichen Zeithorizonten kommt.

Theresa Keilhacker, Architektin und Mitglied in der Kommission Nachhaltiges Bauen am Umweltbundesamt (KNBau) betont, „die dauerhaft zu erstellenden Gebäude müssen langfristig den Nachhaltigkeitskriterien entsprechen, d.h. modular flexibel und baukonstruktiv für

verschiedene Nach- und Umnutzungen ausgelegt sein. Solche Gebäude können zunächst in möglichst kosteneffizienter Form erstellt und in einem weiteren Bauabschnitt durch Nachrüstung auf höhere Standards gebracht werden. Außerdem sind die zukünftigen Bewohner dialogisch einzubeziehen und können durch Eigenleistung mit ihrem neuen Zuhause vertraut gemacht werden.“

Die KNBau fordert darüber hinaus: „Umnutzung leerstehender Gewerbeimmobilien prüfen: hierbei sind die örtlichen Baubehörden unter dem Stichwort Co-Working-Living gefragt, gemeinsam mit der Feuerwehr tragfähige Lösungen zu finden, ohne durch die temporäre oder teilweise Nutzungsänderung bürokratische Hindernisse zu generieren.“ Die KNBau empfiehlt, „die Lebenszykluskosten einschließlich des Betriebs über die jeweiligen Standzeiten berechnen zu lassen, vorzugsweise durch externe Prüfer und Prüferinnen.“

Am Beispiel "Haus der Statistik" am Alexanderplatz, das seit 7 Jahren leer steht, stellte Harry Sachs, Künstler und Initiator des AbBA-Netzwerks Berlin, ein konkretes Konzept für die Integration von Geflüchteten in die Stadtgesellschaft vor und zeigt mit der Initiative, dass es auch anders geht: Leerstand kreativ nutzen, statt Massenunterkünfte ohne Identität schaffen. Bis zu 1000 Menschen könnten in dem Gebäude ein neues Wohn- und Arbeitsumfeld finden, wenn der Senat zusammen mit dem Bezirk grünes Licht für das Projekt geben und dem Bund die Liegenschaft für diese Zwecke abkaufen bzw. vom Bund günstig mieten würde. Am 17.12.2015 hat die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Mitte die Umsetzung des Konzeptes und die aktive Einbindung in weitere Planungen der Initiative "Haus der Statistik" beschlossen. Der Antrag wurde von allen Fraktionen unterstützt.

Wir fordern von der Politik uneingeschränktes Engagement für soziale und menschenrechtliche Standards bei der Unterbringung von Flüchtlingen und sozial benachteiligten Gruppen:

- Wohnen als Grundrecht für Alle ist integrationspolitisch geboten
- nur die Nähe zu Wohnbebauung, Infrastruktur wie Kitas und Schulen, sowie zum ÖPNV schafft Frieden, Integration und soziale Durchmischung
- die Unterbringung soll dezentral erfolgen und für nicht mehr als maximal 50 Personen pro Unterbringungsort
- abgeschlossene Wohneinheiten und Privatsphäre haben höchste Priorität
- es müssen soziale Begegnungsräume und Angebote zur Konfliktvermittlung geschaffen und mit Willkommensinitiativen abgestimmt werden
- Bauen darf nur nachhaltig organisiert werden, um Bauschrott und sozialproblematische Ghettos von morgen zu vermeiden.

Am 28.1.2016 von 10-13:30 Uhr lädt die Initiative "Haus der Statistik" zu einem öffentlichen Vernetzungsratschlag ein. Eingeladen sind alle Personen und Organisationen die an der Umsetzung des Projektes interessiert sind. Ziel der Veranstaltung ist es, die verschiedenen Bausteine des Standortentwicklungskonzepts weiterzuentwickeln und Kooperationsstrukturen zu neuen Partnern aufzubauen.

Wer noch Kontakte, Hilfe und Links während der Feiertage und über das Neue Jahr für Flüchtlinge hat, melde sich bitte unter: info@plattformnachwuchsarchitekten.de



Wir müssen jetzt die richtigen Weichen für ein neues Zusammenleben stellen!

www.plattformnachwuchsarchitekten.de/veranstaltungen.html **Berlin, 23. Dezember 2015**